



SPD

**Fraktion der
Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands im
Rat der Stadt
Braunschweig**

Änderungsantrag zu TOP. 5 b

Öffentlich

Datum

11.06.2002

Nummer

398/02

Absender

SPD – Fraktion
Rathaus Langer Hof 1
38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann
Rathaus Langer Hof 1
38100 Braunschweig

Gremium

Rat

Sitzungstermin

11.06.2002

Betreff

Planfeststellungsverfahren Schacht Konrad; Klageerhebung

Der Rat der Stadt Braunschweig wird gebeten zu beschließen:

"Bereits im Juni 1991 hat sich der Rat der Stadt Braunschweig in einer Resolution gegen die Errichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle in Schacht Konrad ausgesprochen. Da eine Klageerhebung seitens der Stadt Braunschweig gegen den aktuellen Planfeststellungsbeschluss aus formalrechtlichen Gründen offensichtlich nicht möglich ist, wird die seinerzeit beschlossene Resolution noch einmal bekräftigt:

1. Der Rat der Stadt Braunschweig lehnt in Sorge um das Wohl der Braunschweiger Bevölkerung den Bau und Betrieb des Endlagers für radioaktive Abfälle in der ehemaligen Erzgrube Schacht Konrad weiterhin ab.
2. Die Einrichtung eines Endlagers in einer der dichtbesiedeltsten Regionen, verbunden mit möglichen Atommülltransporten durch das Stadtgebiet, wird nach wie vor als unverantwortbar angesehen, schadet dem Image der Region und wird dazu führen, dass Braunschweig sowohl als Stadt als auch als Region an Attraktivität insbesondere als Wirtschaftsstandort verliert."

Begründung:

erfolgt mündlich

gez. Klaus Winter
Fraktionsvorsitzender